

Berliner Tageblatt

Nr. 604

und Handels-Zeitung

Donnerstag, 22. Dezember 1927

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Hilfe für Ostpreußen.

Die Einzelheiten des Programms.

Billige Hypotheken. — Cassenfertigung. — Güterverkehr.

Dr. A. H. Die Beschlüsse, die Reichsregierung und preussisches Kabinett unter Vorsitz des Reichspräsidenten letztern zugunsten einer wirtschaftlichen Entlastung Ostpreußens gefaßt haben, lassen sich zurzeit in ihrem finanziellen Umfang noch nicht voll übersehen. Man hat bereits von Aufwendungen in Höhe von 50 oder 70 Millionen Mark gesprochen. Nach unseren Informationen wird das Ostpreußenprogramm mindestens 80 Millionen Mark zur Durchführung brauchen. Das Ostpreußenprogramm gliedert sich in drei Abschnitte. Der erste Abschnitt umfaßt eine Verbilligung des erstellten Hypothekenkredits und die Beschaffung genügenden Geldes für zwei- und nachlässige Hypotheken und für Wechselkredite zu einem untraglichen Zinsfuß. Der zweite Abschnitt betrifft die Cassenfertigung, die Reich und Preußen gewähren, und der dritte Abschnitt endlich fast auf dem Gebiete des Güterverkehrs der abgetrennten Teile Ostpreußens in erweitertem Maße Rechnung tragen.

Die Kreditation geht von der Tatsache aus, daß Ostpreußen noch einen sehr starken Bedarf an effektiven Hypothekengeldern hat. Er soll durch landschaftliche Pfandbriefe befriedigt werden. Frage: Mit welchem Zinsfuß sollen diese Pfandbriefe ausgestattet werden? Wie soll der Windertrag aus dem Disagio gedeckt werden? Schließlich, wo sollen die Pfandbriefe untergebracht werden? Hier beginnen bereits die Unsicherheitsfaktoren, die im Augenblicke die Beurteilung der finanziellen Tragweite des Ostpreußenprogramms erschweren. Wenn es möglich sein sollte, eine Auslandsanleihe aufzunehmen, so wird man naturgemäß ungleich billiger davonkommen, als wenn die Pfandbriefe im Inlande untergebracht werden sollen. Ingesamt rechnet man mit der Notwendigkeit, 60 Millionen Pfandbriefe auf den Markt bringen zu müssen. 20 Millionen soll die Seehandlung unterbringen. Andere recht erhebliche Beträge dürften Reichsbank und Reichsrentenamt übernehmen.

Für die mit recht hohen Löhnen arbeitende ostpreussische Landwirtschaft dürfte ein Zinsfuß von mehr als 6 Prozent unrentabel sein. Das Reich wird also der Landwirtschaft einen Diskontofonds zur Verfügung stellen müssen, um die Zinsdifferenz auszugleichen für den Fall, daß die sechsprozentigen landschaftlichen Pfandbriefe nicht placiert werden können, und daß man einen höher verzinslichen Anp. wählen muß. Die Pfandbriefe beurteilen die Möglichkeit, sechsprozentige landschaftliche Pfandbriefe auf den Markt zu bringen, sehr skeptisch. Je höher der Zinsfuß, desto geringer naturgemäß das Disagio, zu dem die Pfandbriefe untergebracht werden können. Das Disagio soll den Geschäftsmännern ebenfalls durch einen Reichsfonds abgenommen werden. Selbstverständlich muß dieser Fonds um so höher sein, je niedriger der Zinsfuß ist, zu dem die Pfandbriefe ausgegeben werden. Aber alle diese im Augenblicke noch nicht übersehbaren Fragen werden schon in den nächsten Tagen Verhandlungen zwischen der Preussischen und der Reichsregierung und den ostpreussischen Behörden, sowie dem Generallandwirtschaftsdirektor stattfinden.

Die Kapitalnot in Ostpreußen — die ostpreussischen Banken müssen aus ganz Deutschland Geld heranziehen, die Sparkassen sind nicht leistungsfähig, die Genossenschaften haben sich von der Funktion noch nicht erholt — zwingt insbesondere zu Vorkehrungen für die Beschaffung von nachlässigen Hypotheken und Wechselkrediten. Dieser Bedarf an Kapital für Ostpreußen wird auf 100 Millionen Mark geschätzt. Angesichts eines so hohen und dringenden Bedarfes ist der in der Provinz übliche Zinsfuß sehr hoch. Er schwankt zwischen 12 und 15 Prozent und noch mehr. Unter Betei-

lung Preußens sollen zur Deckung dieses Bedarfes mehr als 30 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden, wozu noch einige andere Kapitalzufüsse kommen, die in der Provinz geleistet werden. Hier ist es insbesondere den preussischen Finanzminister Höpfer Aschoff gelungen, für generelle sowie für mittel- und Kleinbäuerliche Betriebe die Festsetzung gewisser Kontingente zu erreichen.

An dem zweiten Programmpunkte — an der Cassenfertigung — beteiligen sich ebenfalls das Reich und Preußen gemeinsam. Wie in den Jahren 1926 und 1927 sollen die Zinsen für die Rentenbankgrundschuld, die für Ostpreußen etwa 6,5 Millionen Mark betragen, teilweise zurückerstattet werden. Die Rückerstattung erfolgt auf Kosten des Reiches. Vielleicht ist in diesem Zusammenhang die Anmerkung ganz nützlich, daß es im Jahre 1927 der persönlichen Initiative des preussischen Ministerpräsidenten gelungen ist, von dem Reichsanwalt eine Sonderzuweisung in Höhe von fünf Millionen Mark für Ostpreußen zu erwirken, um aus diesem Betrage die Rentenbankgrundschuldfinsen zurückzuerhalten. Im Vorjahr wurde diese Rückerstattung aus den Mitteln des „Sofort-Programms“ der Reichsregierung getrieben. Die preussische Cassenfertigung wird sich auf folgende Punkte beziehen: Nicht eintreibbare Fehlbeträge bei den kommunalen Abgaben sollen erlassen werden. Soweit die staatlichen Steuern nicht ausgetrieben werden können, werden sie niedriger geschlagen. Das gilt in erster Linie von der Grundvermögenssteuer. Bei der Hauszinssteuer ist zu berücksichtigen, daß der Vermieter nur die Funktion des Steuererhebers vertritt, und der Mieter der eigentliche Steuerzahler ist. Wenn der Mieter also leistungsfähig ist, so wird dem Vermieter nicht die Hauszinssteuer geschont werden können. Anders liegt der Fall natürlich, wenn der Vermieter einfach nicht fähig ist, die Hauszinssteuer zu bezahlen. Dann wird man nach billigen Ermessen verfahren. Schließlich werden zu den Schuldtiteln neue Ergänzungsschuldscheine geschäftet werden, da der bisher im Etat des Kultusministeriums vorgehene Fonds ziemlich erschöpft ist. Dadurch soll die Gehaltszahlung an die Lehrer und die Instandhaltung der Schulgebäude gewährleistet werden.

Ferner soll eine neue Tarifveränderung zugunsten des ostpreussischen Güterverkehrs eingeführt werden, wobei durch Staffellung und Sondertarife die Provinz Ostpreußen befördert werden soll. Dies erfordert jährliche Zuschüsse des Reiches an die Reichsbahn von rund 7 Millionen Mark. Schließlich werden bei der Verteilung der Mittel und der produktiven Erwerbsloshilfe für die ostpreussischen Hafenbauten und Hafenverwaltungen besonders berücksichtigt werden.

Die Hilfe für Ostpreußen, die in der Hauptsache eine Hilfe für die ostpreussische Landwirtschaft ist, war notwendig angesichts der Situation, in die die Provinz geraten war. Ebenso wichtig, wie die Bereitstellung dieser Mittel ist aber ihre Verteilung sowohl hinsichtlich der Persönlichkeiten, die die Verteilung vornehmen, als auch hinsichtlich der Gruppen, denen sie zugute kommen soll. Es wird dafür Sorge zu tragen sein, daß die reichen Mittel gleichmäßig verteilt, daß sie produktiv angelegt werden, daß sie für wirkliche Sanierungen und nicht etwa für Zwecke verwendet werden, bei denen man dem schlechten Geld das gute noch nachwirft. Das sind andere Teile des Reiches wie Hinterpommern, Grenzmark und Westborschen einer besonderen Förderung durch Reich und Land bedürftig sind, kann man nicht übersehen. Auch mit ihnen werden sich die Kabinets des Reiches und Preußens beschäftigen müssen. Auf der anderen Seite allerdings muß beachtet werden, daß ein allgemeiner Run auf die Kasen des Reiches und Preußens erfolgt und das Vertrauen zur eigenen Kraft und Selbsthilfe dadurch geschwächt wird, daß man sich auf Hilfsmaßnahmen der Zentralstellen verläßt.

Untersuchungs-Bilanz.

Neues Material über den Hitler-Putsch. — Die verunglückte Infanterieschule und die überfallene Entenkommission. „Herbstübung 23.“ — Die Rolle Kahr's. — Die „Würdigung“ der Ausschusarbeit.

Von unserem Korrespondenten

Dr. Werner Richter.

München, im Dezember.

In seinem insgesamt fast vierundzwanzigstündigen Korreferat vor dem bayerischen Untersuchungsausschuß hat der Abgeordnete Dr. Höpfer aus jenem weitläufigen Material, das im Hitler-Prozeß (aus guten Gründen) unter den Gerichtstisch fiel, so viel bisher Unbekanntes beigebracht, daß sich im Aspekt des bayerischen Schicksalsjahres 1923 ganz neue Züge abzeichnen. Die Schlagschatten verbleiben sich, die Farben auch des Hintergrundes werden plötzlich lebendiger, mancher Zusammenhang gruppiert sich völlig um ...

Das ist beispielsweise die planmäßige Verrechnung des in der Münchener Infanterieschule zusammengeführten Offizierskorps der gesamten Reichswehr, wo Vertrauensleute Ludendorffs und Kobschachs seit Monaten schon nach regelrechten Kommunitätsnummern „Zellen“ bilden konnten, — mit dem durchschlagenden Erfolg, daß in der Putschnacht die Majorität der misleiteten jungen Leute ihren Kommandeur, Oberst v. Tschadowitz, in Stubenarbeit schickte, selbst v. Tschadowitz ausgereißt, zum Bürgerbräu abrückte, um sich dort als Sturmabteilung Ludendorff auf den abgedankten Generalquartiermeister veredigen zu lassen.

Da ist, vielleicht schlimmer noch, die außenpolitische Exkursion des Leutnants Heines — des Helben aller völkischen Winkelkontenfilialen Münchens bis auf den heutigen Tag —, der mit schwer bewaffneten Soldaten die Interalliierte Militärkommission in ihrem Hotel festnahm und verschleppen wollte, um Witternacht also die Zimmertüren der fremden Offiziere mit Kolben einschlagen ließ und die wehrlosen Insassen mit Revolvern bedrohte. Tapfer benahmen sich bei dieser unwürdigen Szene der Belgier, der freiwillig seine Tür öffnete, und der deutsche Hoteldirektor, der, höchst energisch dazwischen tretend, wenigstens durchsetzte, daß die Offiziere, obwohl unter scharfer Bewachung, auf ihren Zimmern bleiben konnten, — bis der Spuk vorüber war.

Da ist dann weiter dies beispiellose Kabinett-Knütteln, dem Hitler's Putschpläne ebenso bekannt waren wie Kahr's Direktoriatspläne, — das sehr wohl insbände gewesen wäre, beide rechtzeitig im Keim zu ersticken, sich statt dessen aber aus purer Angst vor der nationalen Würgelorgel der Besenseite die Flut über den Kopf nachden ließ und fatalistisch die Regierungsgewalt niemandem anders zu übergeben wußte, als Herrn v. Kahr. Worauf dieses nachhafte Staatsministerium resigniert im Hintergrund der Ereignisse nur noch darauf wartete, „verhaftet“ zu werden. Hierhin durchaus gehört dann auch die Polizeidirektion München, in der eine Erscheinung wie der inzwischen ja auch im Reichstag unermühtlich bedährte Dr. Fric das große Wort führen durfte, unterstützt von jenem Kommissar Glafer, der leider in die bayerischen Femenordfälle immer noch aufs peinlichste verstrickt erscheint, und in der ein Pfortener und Vertreter des Innenministers existierte, der in der Putschnacht eine Rollenbergsche Figur vor dem Fahrstuhl steht: „Ja, was soll man denn machen, — ja, da kann man nur machen“, und nach dieser Feststellung beglückt in die Tiefe rückt.

Und da ist endlich Kahr selbst, dieser vierjährige kleine Bureaufkratzer, Beschwoel zugleich und Eriegegroß, eine Art süddeutscher Michaelis, im Herbst 1923 aber vom Reichsruft aus sämtlichen schwarzweißroten Räucheropfern der Stimmens- und Eugenberg-Organen derart umnebelt, daß er sich aller Ernstes einbildete, er allein sei als Präsident des fünftägigen Berliner „Reichsdirektoriums“ der Mann der Vorsehung. Es ist bezeichnend für die Höhe seines Horizontes, daß ihm für solches Beginnen zunächst nichts dringlicher erforderlich schien, als ein „Polizeiknüppel“, den er sich dadurch schaffen wollte, daß er die bayerische Division durch Einreihung von Hitler-Leuten auf drei Divisionen vergrößerte. Als der Hitler-Putsch dazwischen kam, waren die Pläne zu dieser skandalösen Vergrößerung nicht nur bis ins kleinste vom Wehrkreiskommando und vom Kampfbund gemeinsam fertiggestellt, sondern die „Mobilmachung“ war bereits in vollem Gange; es ist das die „Herbstübung 23“, die bislang aus angeblich außenpolitischen Gründen mit den gefährlichsten Schleiern des Staatsgeheimnisses umgeben war. Aber auch die ganze bayerische Division unter General v. Rossow, dieser Herrenreiterfigur mit der dennoch stets vor dem „Abprung“ jagenden Seele, ist ein Kapitel für sich und eines der trübsten. Es war eine Truppe, in der die Offiziere nichts Antiföisches darin fanden, ihre Leute im Schwarzföischen auszubilden, die sich dieser Kunst bei der gewaltsamen Beseitigung der gleichen Verfassung bedienen wollten, auf die jene vorbildlichen Lehreinheiten ihren Namen erd gelehrt hatten, — eine Truppe, in der es so piffige Leute gab wie jenen Hauptmann, der die zum Putsch bestimmten Reichswehrmänner mit reichsgeliehen Gepanzen ins Korpshaus der „Kalaria“ bringen ließ. Es war eine Truppe, in der fast jedem vor der nationalen Phrase der Männerföul abhandeln gekommen war, in der jedermann nur von der blauen Fuchst befelt war, am Ende etwas weniger „national“ zu sein, als irgenbitten rebegeordnetem Zirkusföimstler.

Was dann die Rollenverteilung im Ablauf der Ereignisse betrifft, so stellt sich nunmehr klar heraus, daß Kahr

Stabilisierung der Lira beschlossen.

3,66 Papierlire = 1 Goldlira.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 22. Dezember.

Der gestrige Ministerrat beschloß die Rückkehr zur Goldwährung. Nach der neuen Goldparität entsprechen 19 Papierlire einem Dollar; 92,46 Lire einem Pfund Sterling und 3,66 Lire einer Goldlira. (Siehe auch den Handelszeit.)

Die italienisch-französische Annäherung.

In England lebhaft begrüßt.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 22. Dezember.

Die in den letzten Tagen erfolgte Besserung in den französisch-italienischen Beziehungen wird hier begrüßt. England hat angesichts der außerordentlichen Bedeutung des Mittelmeeres, das den wichtigsten Verbindungsweg des britischen Weltreiches darstellt, das größte Interesse daran, daß dort der gegenwärtige Status, der Englands beherrschende Stellung sichert, nicht durch ein italienisch-französisches Wettrüsten in Frage gestellt wird. Es ist daher verständlich, daß heute „Times“ die letzte Erklärungen Mussolinis im italienischen Ministerrat auf das Lebhafteste begrüßt. Das Blatt schreibt, die Rede des Duce nehme nicht allein den Vorschlag zu einem Zusammenreffen mit Briand an. Mussolini erkläre vielmehr darin auch, daß er davon überzeugt sei, daß eine dauernde Entente zwischen Frankreich und Italien nicht

wertvoll und auch möglich sei. „Nichts könnte für uns als Freunde des Friedens, als Freunde beider Völker und als Großmacht mit vitalen Interessen im Mittelmeer angenehmer sein, als der Abschluß einer dauernden Entente zwischen beiden Ländern.“ „Times“ sind entzückt von dem Duce, der in seiner Rede feststellte, daß die italienisch-französischen Probleme keineswegs besonders ernsthaft oder gar gefährlich, sondern „lediglich ein wenig delikat“ seien. Mussolini habe als praktischer Staatsmann praktische Ansichten von der gegenwärtigen Lage. Hierüber habe er noch hinzugefügt: „Wir sind Brüder, die sich zwar manchmal janzten, trödeln aber einander lieben.“ Wenn man in diesem Geiste die Verhandlungen vornehme, würden die scharfen Meinungsverschiedenheiten überwunden werden. Die Hauptsache sei, daß Briand und Mussolini sich darüber im klaren seien, daß eine Einigung wünschenswert und notwendig sei.

Höchste Besuch bei Briand.

(Telegramm unseres Pariser Bureaus.)

Paris, 22. Dezember.

Über den Besuch des deutschen Völkchäfers v. Goebbels bei Briand schreibt der „Matin“: „Die letzte Tagung des Völkchäfersrates in Genf, während der Angelegenheiten von größerer Bedeutung geregelt worden sind, ist ohne jede Schwereigkeit und ohne jede Meinungsverschiedenheit zwischen Frankreich und Deutschland verlaufen. Der Völkchäfer hat also sicherlich von Berlin den Eindruck mitgebracht, daß die Beziehungen zwischen den beiden Ländern gegenwärtig sehr befriedigend sind, wie das übrige die zahlreichen Wiederannäherungsaktionen beweisen, die demnächst zum Abschluß neuer wirtschaftlicher Abkommen führen werden.“